DIE LINKE: 7 Sofortmaßnahmen für Neukölln

Dafür setzt sich die Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung ein. Punkt für Punkt lesen Sie es auf Seite 3

Neu-Köllnisch

DIE LINKE. Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSBLATT · SEPTEMBER 2016

Am 18.9.: Alle 3 Stimmen für Menschen vor Profite!

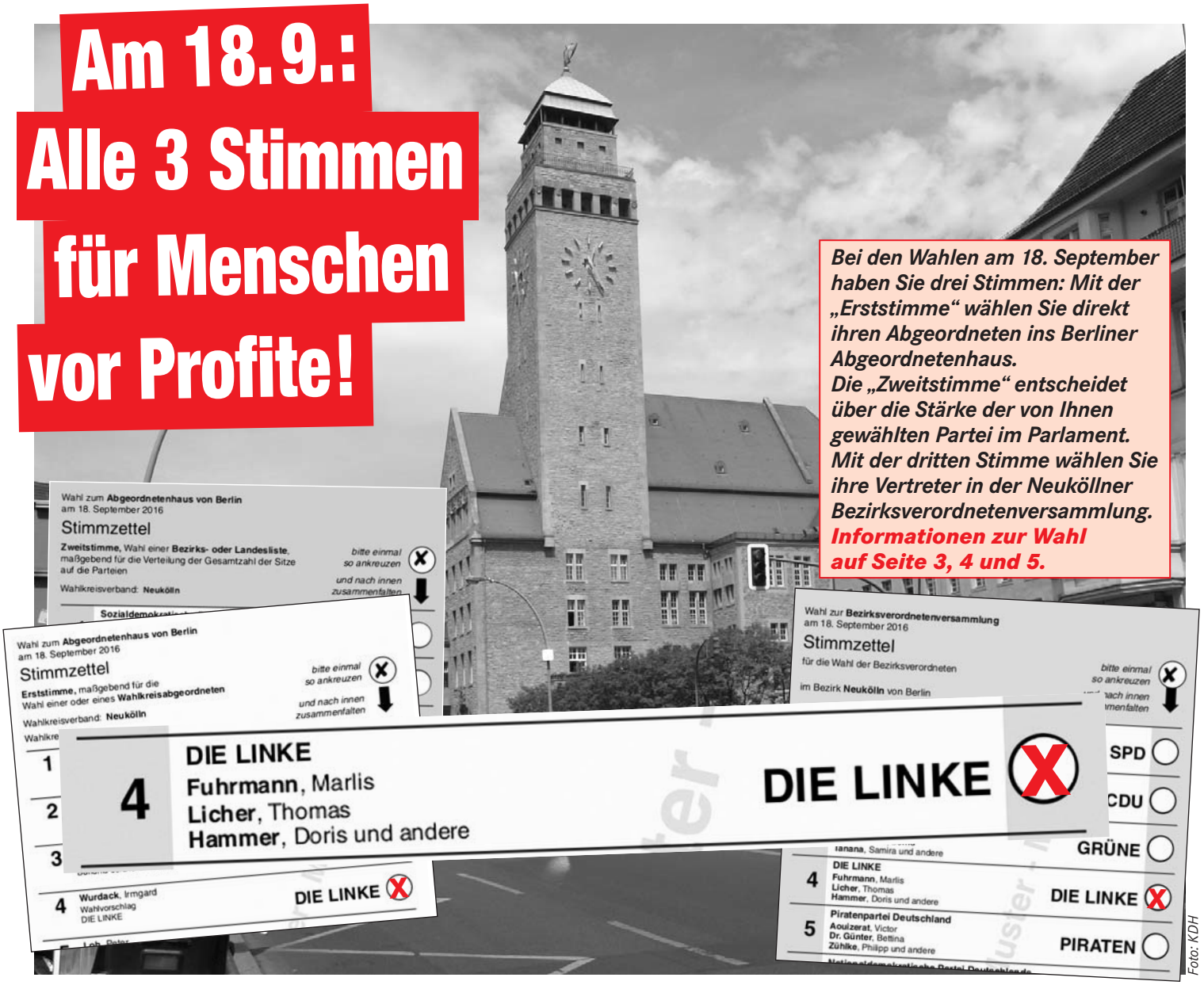

Foto: KDH

Bei den Wahlen am 18. September haben Sie drei Stimmen: Mit der „Erststimme“ wählen Sie direkt ihren Abgeordneten ins Berliner Abgeordnetenhaus. Die „Zweitstimme“ entscheidet über die Stärke der von Ihnen gewählten Partei im Parlament. Mit der dritten Stimme wählen Sie ihre Vertreter in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung. Informationen zur Wahl auf Seite 3, 4 und 5.

Gregor Gysi auf dem Hermannplatz

Gregor Gysi kommt zur zentralen Wahlveranstaltung der Berliner LINKEN auf dem Hermannplatz.
Mit dabei: der Berliner Spitzenkandidat Klaus Lederer, die Kandidatinnen und Kandidaten für die BVV, für das Abgeordnetenhaus und Aktive aus demokratischen und sozialen Initiativen und Organisationen. Auch die Kleinsten kommen nicht zu kurz und können sich auf einer Hüpfburg die Zeit vertreiben.
Sonnabend, 3. September, von 10 bis 14 Uhr auf dem Hermannplatz.

Infoaktion mit Bernd Riexinger

Der Parteivorsitzende der LINKEN kommt nach Neukölln. Solidarisch unterstützt er die Forderung der Pflegekräfte: „Für mehr Personal in Gesundheit und Pflege. Das muss drin sein!“
Donnerstag, 8. September, um 14 Uhr vor dem Vivantes-Klinikum Neukölln in der Rudower Straße.

Katja Kipping liest in Neukölln

Die Parteivorsitzende der LINKEN liest öffentlich aus ihrem neuen Buch: „Wer flüchtetet schon freiwillig?“ Eine Wortmeldung zu Fluchtursachen und zur Frage, warum sich unsere Gesellschaft neu erfinden muss.
Donnerstag, 8. September, um 19 Uhr auf dem Alfred-Scholz-Platz an der Karl-Marx-Straße.

Liebe Neuköllnerin, lieber Neuköllner,

am 18. September wird das Berliner Abgeordnetenhaus und die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung neu gewählt. DIE LINKE kann den Unterschied machen, wenn sich immer mehr Menschen engagieren und ihre Interessen selbst in die Hand nehmen.

DIE LINKE wird auch nach der Wahl im Parlament und auf der Straße für bessere Lebensverhältnisse kämpfen. Sie steht für eine Gesellschaft, in der nicht der Profit das Maß aller Dinge ist, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Sie ist die Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag. Sie tritt im Bezirk, im Land und im Bund für Lösungen ein, in denen die Bedürfnisse der Menschen Vorrang genießen und nicht private Wirtschaftsinteressen.

Deshalb prüfen Sie bitte die Vorschläge der Partei DIE LINKE. Melden Sie sich selbst zu Wort. Machen Sie mit und werden Sie Mitglied. Wählen Sie mit allen drei Stimmen DIE LINKE.

AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS

3. September: Demo/Konzert. Kurz vor der Abgeordnetenhauswahl, will das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus!“ mit einem Konzert und einer Demonstration in Berlin ein klares Zeichen gegen Rassismus setzen und die Stimmung in der Stadt mit prägen. Gerade die Wahlen in Berlin haben eine Signalwirkung für die weitere Entwicklung der AfD, aber auch für den Widerstand dagegen. Startpunkt der Demonstration ist um 14 Uhr am Adenauerplatz. Das Konzert beginnt ab 17 Uhr am Lützowplatz.

17.9.: Demo gegen TTIP und CETA

Mit einem bundesweiten Demonstrationstag will ein breites gesellschaftliches Bündnis den immer lauter werdenden Protest gegen die umstrittenen Handelsabkommen CETA und TTIP am 17. September auf die Straße bringen.

Unmittelbar vor dem SPD-Parteikonvent zu CETA sowie dem entscheidenden Treffen des EU-Handelsministerrats markiert dieser Demonstrationstag den bisherigen Höhepunkt der Proteste. Die mehr als 30 Trägerorganisationen fordern den sofortigen Stopp der Verhandlungen über TTIP und die Aussetzung der Ratifizierung von CETA. Für sie sind die Abkommen ein demokratiepolitischer Skandal – ebenso wie das Vorhaben der EU-Kommission, CETA noch vor der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente vorläufig anzuwenden.

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE hatte sich auch die Neuköllner BVV im Dezember 2015 gegen TTIP positioniert.

Auftakt der Demonstration in Berlin: 12 Uhr Alexanderplatz.

Abschreckung statt Humanität

Soll durch schlechte Behandlung die Zahl der Geflüchteten verringert werden?

Die Politik der Koalitionsregierungen aus SPD und CDU auf Bundes- und Landesebene sowie im Bezirk Neukölln ist geprägt durch einen maximal schlechten Umgang mit Geflüchteten.

Statt den Menschen, die vor Krieg und Verfolgung, Hunger und Not fliehen mussten eine humane Aufnahme in der Bundesrepublik, in Berlin und in Neukölln zu ermöglichen, setzt die Politik auf allen Ebenen auf Abschreckung. Erhoffen sich die beiden großen Parteien durch schlechte Behandlung der Geflüchteten den Zuzug von weiteren Menschen in Not zu verringern? Mit diesem Motiv setzten SPD und CDU die Politik der AfD und anderer rechter Parteien im vorauseilendem Gehorsam um. Und sie tragen rassistische Parolen, wie zum Beispiel „das Boot ist voll“, in die Mitte der Gesellschaft.

Seitdem die Flüchtlingszahlen wieder zurückgehen und weniger junge Menschen in die Bundesrepublik kommen, wird zur Zeit der „demographische Wandel“ wieder zur Begründung von weiterem Sozialabbau ausgegraben.

Niemand verlässt freiwillig seine Heimat. Die Menschen haben häufig Schlimmes auf den Weg hierher durchgemacht. Aber die Bundesregierung Merkel/Gabriel hat einen Pakt mit dem türkischen Präsidenten Erdogan geschlossen, dass keine weiteren Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak mehr nach Europa kommen können. Billigend wird auch in Kauf genommen, dass viele Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken.

In Berlin hat es unter dem Sozialsenator Czaja (CDU) beim LaGeSo ein jahrelanges Behördenversagen gegeben, was in seinem Ausmaß beispiellos ist. Die Menschen mussten in Moabit tage- und wochenlang anstehen, ohne dass ihr Anliegen bearbeitet wurde. Ohne medizinische Hilfe und sonstige Versorgung wurden viele Geflohenen einfach den ehrenamtlichen Helfern überlassen. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass das von den Senatsparteien so gewollt war und weiterhin ist.

Nachdem der Regierende Bürgermeister Michael Müller die Flüchtlingsfrage zur Chefsache erklärt hatte, änderte sich auch nichts. Stattdessen wurde eine große Zahl von Geflohenen unter unbeschreiblichen Zuständen in den Hangars des Flughafens Tempelhof und in Turnhallen zusammengepfercht. Ohne ein Mindestangebot an sanitären Anlagen wurden die häufig schwer traumatisierten Menschen unter unwürdigen Bedingungen und ohne jegliche Privatsphäre dauerhaft dort untergebracht.

Weiter hat der Regierende Bürgermeister die Unterbringung der Geflohenen dazu missbraucht, das Gesetz des Volksentscheids gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes zu ändern, ohne dass dies wirklich nötig gewesen wäre. Hier zeigt sich, das Michael Müller ein schlechter Verlierer ist und nicht akzeptiert, dass die BerlinerInnen das Tempelhofer Feld nicht den Immobilenspekulanten überlassen wollten.

In Neukölln werden fast 600 Menschen im ehemaligen C&A-Kaufhaus unter ähnlich schlechten Bedingungen wie in den Flugzeughangars untergebracht. Es ist blanker Hohn, wenn die Neuköllner Bürgermeisterin dem auch noch etwas Positive abgewinnen will. Statt die Geflohenen dezentral in Wohnungen, wie zum Beispiel in der Heidelberger Straße unterzubringen, wie es DIE LINKE seit längeren forderte, werden diese preiswerten Wohnungen mit Zustimmung des SPD geführten Bezirksamts abgerissen. Stattdessen werden dort Neubauten errichtet; für Flüchtlinge und für viele NeuköllnerInnen unbezahlbar.

Wenn es in der Flüchtlingsfrage nicht eine besonders große Anteilnahme der Stadtgesellschaft gegeben hätte und viele Berlinerinnen und Berliner in einer bewundernswürdigen Art geholfen hätten und weiter helfen, wäre die Situation noch viel schwieriger.

DIE LINKE hat sich von Beginn an für eine menschenwürdige Unterbringung Geflohener stark gemacht und tritt für eine aktive gesellschaftliche Teilnahme der Neu-Berliner bzw. Neu-Neuköllner ein.

Thomas Licher

Foto: KDH

Start der Neuköllner LINKEN am 31. Juli zum Wahlkampf für das Berliner Abgeordnetenhaus und die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung.

7 Sofortmaßnahmen für Neukölln

Dafür setzt sich DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung ein

DIE LINKE strebt ein gutes Leben in Neukölln an. Für alle und mit allen, die hier leben. Für die Jungen ebenso wie für die Alten. Für die, die hier geboren wurden, wie für die Zugezogenen. Für alle, gleich welcher Herkunft, Kultur, Nationalität, Religion, sexueller Orientierung oder Hautfarbe. Für Erwerbstätige wie für Erwerbslose.

DIE LINKE kann ihre Ziele nicht allein in Parlamenten realisieren. Sie ist auf das politische Engagement von immer mehr Menschen und die Unterstützung durch soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Verbände, Vereine und Initiativen angewiesen. Gemeinsam mit ihnen streitet sie für höhere Löhne und gute Arbeit, gegen Hartz IV und für eine Mindestsicherung, die ein Leben in Würde ermöglicht. Mit ihnen kämpft sie gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung und für den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen.

Als Sofortmaßnahmen für Neukölln schlägt DIE LINKE vor:

1. Bessere Finanzen

DIE LINKE setzt sich ein für einen auskömmlichen Bezirkshaushalt sowie zusätzlich mindestens 7,5 Millionen Euro für weitere bezirkliche Aufgaben.

2. Mehr Personal im Bezirksamt

DIE LINKE streitet dafür, dass 150 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Bezirk einstellt werden, um gute öffentliche Dienstleitungen zu gewährleisten und die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu reduzieren.

3. Neue Gemeinschaftsschulen

DIE LINKE wird dafür kämpfen, dass zwei weitere neue Gemeinschaftsschulen entstehen, damit mehr Kinder vom gemeinsamen Lernen profitieren können.

4. Mehr direkte Demokratie

DIE LINKE wirkt darauf hin, dass im Bezirk mehr Entscheidungen getroffen werden, die Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern erleichtert und das Volksgesetz zum Tempelhofer Feld wieder hergestellt wird.

5. Mehr soziale Gerechtigkeit

DIE LINKE will bewirken, dass der Bezirk alle Möglichkeiten ausschöpft, um Stromabschaltungen, Wohnungsverluste und Zwangsumzüge zu verhindern.

6. Für bezahlbare Wohnungen

DIE LINKE will den Milieuschutz in Neukölln ausweiten und darauf hinwirken, dass er konsequent umgesetzt wird.

7. Für den Schutz der Geflüchteten

DIE LINKE schlägt vor, dass in allen Flüchtlingsunterkünften in Neukölln umgehend menschenwürdige Standards hergestellt und Geflüchtete nach und nach dezentral untergebracht werden.

Das Neukölln-Programm gibt's an allen Infoständen der LINKEN im Bezirk und im Internet: www.die-linke-neukoelln.de

Am 18.9.: Für Neukölln direkt ins Abgeordnetenhaus

Fotos: DIE LINKE.Berlin

Sarah Moayeri: Millionäre zur Kasse!

Sarah Moayeri kandidiert im Wahlkreis 1. Dazu gehört der Reuterkiez. Die 20-jährige Studentin kritisiert: „Es mangelt an bezahlbarem Wohnraum, an guter Bildung, an Stellen im Öffentlichen Dienst. Geflüchtete werden in Massenlagern untergebracht, Rassismus geschürt, indem Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Doch wenn wir uns gemeinsam wehren, können wir etwas an den Verhältnissen ändern."

Irmgard Wurdack: Solidarität statt Rassismus!

Irmgard Wurdack kandidiert im Wahlkreis 2, Schillerkiez. Die 46-jährige Informatikerin lebt im Schillerkiez. Sie unterrichtet für geflüchtete Menschen ehrenamtlich Deutsch. Darüber hinaus streitet sie gegen das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst sowie für ausreichend preiswerte Wohnungen für alle und die Beschlagnahme spekulativen Leerstands statt Massenlagern für Geflüchtete.

Ruben Lehnert: Löhne rauf, Mieten runter!

Ruben Lehnert kandidiert im Wahlkreis 3, Rixdorf, Köllnische Heide. Der 37-jährige Redakteur lebt mit seiner Familie seit vielen Jahren in Rixdorf. Sein schönstes politisches Erlebnis: Dass die Berliner Bevölkerung den Ausverkauf des Tempelhofer Felds an Immobilienspekulanten verhindert hat. „Gemeinsam haben wir über SPD und CDU, über Immobilienlobby, Sportfunktionäre und Handelskammer triumphiert!"

DIE LINKE hat im Neuköllner

Gespräch mit den Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner Bezirks-

Worin bestand für Sie die größte Herausforderung zu Beginn der Legislaturperiode?

Thomas Licher: Nach den Wahlen hat die SPD mit der CDU eine Zählgemeinschaft gebildet. Wir sahen uns also von Anfang an einer sehr großen Mehrheit gegenüber und mussten schnell unsere Rolle als Opposition finden.

Marlis Fuhrmann: Uns war klar, dass das Bezirksamt die sozialen Probleme Neuköllns nicht anging. Den bezirklichen Schutz der Bevölkerung vor steigenden Mieten lehnte es ab. Wegen des zuvor regiden Neuköllner Personalabbaues funktionieren öffentliche Dienstleistungen, wie zum Beispiel Bürger- und Wohnungsamt, nur eingeschränkt.

Christian Posselt: Hinzu kam, dass der damalige Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) die Kürzungspolitik öffentlich mit rassistischen Thesen flankierte. Soziale Konflikte wurden so auf kulturelle oder gar ethnische Ursachen zurückgeführt.

Vignette: Franz Zauleck

Konnten Sie sich als Oppositonsfraktion gegenüber SPD und CDU behaupten?

TL: Von Anfang an haben wir Kontakt zu Initiativen und Bündnissen gesucht und haben dazu beigetragen, dass das Rathaus vermehrt Schauplatz von Kundgebungen wurde. Mit insgesamt rund 300 parlamentarischen Initiativen haben wir einen Beitrag zu diesem Protest geleistet. Viele Anliegen wurden oft erst durch die Fraktion DIE LINKE im Rathaus thematisiert.

Was sind die größten Erfolge?

MF: Zusammen mit Kiez-Initiativen ist es uns gelungen Soziale Erhaltungssatzungen (Milieuschutz) für Nord-Neukölln durchzusetzen. Im Jahr 2017 wird wohl im Wesentlichen der Bereich im S-Bahnring und darüber hinaus bis zum Kranoldplatz unter Milieuschutz stehen. Ihm muss der Süden folgen. Luxusmodernisierung und die Umwandlung in Eigentumswohnungen können dann weitgehend verhindert werden.

Die SPD war Jahre lang gegen diese Maßnahmen?

MF: Ja, Bürgermeister und Baustadtrat wollten eine sogenannte „soziale Durchmischung" der Mieterschaft. Faktisch haben sie eine Verdrängung Einkommensschwächerer begrüßt. Doch gemeinsam mit dem Mietenbündnis Neukölln, einer Unterschriften-Kampagne und Aktionen konnten wir den nötigen Druck entwickeln. Schließlich stimmte eine Mehrheit im Rathaus für den Milieuschutz.

CP: Auch die Auswirkungen der Hartz-Gesetze und das Handeln des Jobcenters haben wir immer wieder öffentlich skandalisiert. Wir haben den Finger in die Wunde gelegt und unbequeme Fragen gestellt: Warum geht das Jobcenter in Neukölln so viel härter gegen Erwerbslose vor, als in anderen Bezirken? Wir haben dazu beigetragen, dass sich die Mietschuldenübernahme durch das Jobcenter verbessert hat.

TL: Beim Volksentscheid zum Tempelhofer Feld hat sich die Fraktion DIE LINKE auf Seiten der Initiative 100% Tempelhofer Feld positioniert. Wir haben die anderen Parteien gezwungen, hierzu öffentlich Stellung zu beziehen. Aber auch bei anderen Themen haben wir Akzente gesetzt.

Jörg Lelickens: Arbeitnehmerrechte verteidigen!

Jörg Lelickens kandidiert im Britzer Wahlkreis 4.
Der 49-jährige Maler und Lackierer musste viele Jahre lang in seinem vor 30 Jahren erlernten Beruf für Leihfirmen arbeiten. Seit über 15 Jahren lebt der aktive Gewerkschafter in Britz. Besonders liegt ihm am Herzen, das Freihandelsabkommen TTIP zu verhindern, welches unter anderem „einen schweren Schlag gegen Arbeitnehmerrechte bedeuten würde“.

Hannah Rübig: Neue Konzepte für unsere Gesellschaft!

Hannah Rübig ist direkt wählbar im Wahlkreis 5, Britz, Buckow.
Die 25-jährige Studentin hat bereits ein Studium der Volkswirtschaftslehre absolviert und macht jetzt eine Ausbildung zum Bühnentanz. Neben ihrem Wunsch, neue Konzepte für unsere Gesellschaft zu diskutieren und zu erstreiten, hat sie eine große Liebe zur Kreativität, zur Bewegung und dem Ausdruck und der Kommunikation ohne Worte.

Ferat Kocak: Kriege und Waffenexporte stoppen!

Ferat Kocak kandidiert in der Gropiusstadt, Wahlkreis 6.
Der 36-Jährige arbeitet an einer Hochschule in der Öffentlichkeitsarbeit. In Kreuzberg geboren, hat er seine Jugend in Neukölln verbracht und lebt jetzt im Süden Neuköllns. Er kennt die schönen Seiten, aber auch die Probleme sehr gut. Seine Leidenschaft: Menschen zu helfen durch direkte Unterstützung oder durch sein politisches Engagement.

Frank Obermeit: Sozialer und ökologischer Wandel!

Frank Obermeit ist der Kandidat für Rudow und das südliche Blumenviertel, Wahlkreis 7.
Der 28-jährige Neuköllner Chemielaborant studiert zur Zeit Chemie und Politik, um Lehrer zu werden. Ihm liegt die Bildung am Herzen: „Nur mit einer guten und breiten Bildung aller können wir die Probleme der heutigen Zeit lösen. Dafür müssen die Schulen vernünftig ausgestattet und mehr Lehrpersonal angestellt werden.“

Parlament Akzente gesetzt

verordnetenversammlung Marlis Fuhrmann, Thomas Licher und Christian Posselt

Nennen Sie bitte ein Beispiel.

TL: Gegen TTIP, das Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, haben wir monatelang Unterschriften auf der Straße gesammelt. Als sich auch noch der Neuköllner DGB gegen den Handelspakt ausgesprochen hat, hat die Neuköllner SPD nachgegeben. Im Dezember 2015 hat sich die Neuköllner BVV gegen TTIP positioniert – auf unsere Initiative hin.

Inwiefern hat die Flüchtlingspolitik die Arbeit in der BVV bestimmt?

CP: Unser Ziel war eine lebendige Willkommenskultur für geflüchtete Menschen. Dabei haben wir mit vielen ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe-Initiativen zusammengearbeitet. Wir haben dafür gesorgt, dass zeitweilig über den Erhalt der Unterkunft in der Haarlemer Straße in jeder Sitzung gesprochen wurde. Und mit öffentlichen Veranstaltungen, etwa in der Fritz-Karsen-Schule, wurden Bürgerinnen und Bürger über die Ursachen der Flucht und Vertreibung informiert.

Welche Bilanz ziehen Sie nach fünf Jahren?

CP: Eine positive, weil wir im Kampf für ein sozial gerechtes Neukölln manchen Erfolg erzielt haben. Es bleibt aber viel zu tun.

TL: Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Berliner Bezirke mehr Geld erhalten, um das Leben der Menschen in Neukölln zu verbessern. Letztlich geht es nicht ohne eine stärkere Besteuerung der Reichen.

MF: Wir wollen unsere Arbeit in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen – zusammen mit vielen engagierten Neuköllnerinnen und Neuköllnern. Dazu hoffen wir auf ein starkes Ergebnis für DIE LINKE bei den Wahlen am 18. September.

Foto: KDH

Ein starkes Team tritt für DIE LINKE zur Wahl in die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln an

Von links nach rechts: ***Steffen Burger*** *(Listenplatz 10),* ***Tony Pohl*** *(6),* ***Marina Reichenbach*** *(5),* ***Doris Hammer*** *(3),* ***Maya Eckes*** *(9),* ***Sandra Boden*** *(11),* ***Thomas Licher*** *(2),* ***Carla Assmann*** *(7),* ***Marlis Fuhrmann*** *(Platz 1),* ***Tim Fürup*** *(12),* ***Christian Posselt*** *(8) und* ***Ahmed Abed*** *(4)*

Mein Körper. Meine Verantwortung. Meine Entscheidung.

Nicht die der AfD, der „Lebensschützer“ oder des Staates

Seit Jahren erleben wir schwere Angriffe auf das Recht von Frauen auf eine selbstbestimmte Schwangerschaft und einen Aufwind von konservativ-reaktionären Familienideologien.

Der sogenannten „Lebensschutz“-Bewegung gelingt es alljährlich mit mehreren tausend TeilnehmerInnen in Berlin aufzumarschieren und eine vollständige Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu fordern. Auch in diesem Jahr wird DIE LINKE Neukölln wieder bei den breiten, bunten Gegenprotestaktionen dabei sein.

Die Ideologie der „Lebensschutz“-Bewegung beschreibt ein reaktionäres bis extrem rechtes Weltbild: Eine „natürliche Geschlechterordnung“ zementiert die heterosexuelle Ehe und Familie als Keimzelle der Gesellschaft, worin die Frau die Rolle als Hausfrau und Mutter erhält. Alles was das Bild der „alten Ordnung“ bedroht wie beispielsweise die Homo-Ehe oder Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern wird aktiv bekämpft.

In dieser Bewegung überschneiden sich Inhalte und Forderungen aus dem christlich-fundamentalistischen Lager mit denen aus der rechts-konservativen oder völkisch-nationalen Ecke. So gibt es innerhalb der CDU/CSU die Initiative Christdemokraten für das Leben (CDL), die schon seit Jahren in Kommunal-, Landes-, bis in die Bundespolitik hinein aktiv ist. Außerdem gibt es in jüngerer Zeit hohe Erwartungen an die neue Rechtspartei Alternative für Deutschland (AfD), die dieses Weltbild in ihrem kürzlich beschlossenen Grundsatzprogramm vertritt. Dort wird die „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene“ und die Erhöhung der Geburtenrate von „deutschstämmigen Frauen“, also das „Überleben“ des deutschen Volkes, gefordert.

In diesem Sinne marschiert die Berliner Landesvorsitzende der AfD, Beatrix von Storch, jährlich in der ersten Reihe des „Marsches für das Leben“ in Berlin und agitiert für den „Lebensschutz“ im EU-Parlament. Die Sprecherin der Bundesvereinigung Christen in der AfD, Martina Kempf, ist gleichzeitig Mitglied im Bundesvorstand einer der aktivsten „Lebensschutz“-Gruppierungen in Deutschland, der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) und erklärte kürzlich, die „Christdemokraten für das Leben“ in Baden-Württemberg und die „AfD-Christen“ hätten „in enger Zusammenarbeit“ durch eine Demonstration die „Schließung der landesgrößten Abtreibungsklinik erreicht“. Durch solche Schließungen wird die Lage hilfesuchender Frauen immer schwieriger, sie haben keinen Zugang zu Schwangerschaftsabbruch mehr in ihrer Nähe. Dass häufig gesellschaftliche und soziale Missstände die Entscheidung von Frauen gegen eine Schwangerschaft maßgeblich bestimmen, wie beispielsweise die hohe Armutsquote von Alleinerziehenden oder niedrigere Löhne von Frauen, wird in der Debatte konsequent ausgeblendet.

Silke Stöckle und Kate Cahoon

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Die christlichen Fundamentalisten und die AfD müssen gestoppt werden!

Mit dem Demonstrationszug signalisiert das „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ , dass die Straßen in Berlin am 17. September weder der AfD noch anderen reaktionären Kräften gehören.

Offenes Wahlkampfaktiv
Das Offene Wahlkampfaktiv der Neuköllner LINKEN trifft sich wöchentlich, dienstags um 19 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.
Die nächsten Treffen sind am 30.8., 6.9. und 13.9.
Interessierte, die aktiv am Wahlkampf der Neuköllner LINKEN mitwirken wollen, sind herzlich willkommen.

Bezirksvorstand
Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.
DIE LINKE, Wipperstraße 6.

BO Hermannstraße
Die Basisorganisation Hermannstraße umfasst das Gebiet zwischen Hasenheide, Karl-Marx-Str./Buschkrugallee, Teltowkanal bis zur Bezirksgrenze zu Tempelhof und Kreuzberg. Selbstverständlich sind auch Menschen eingeladen, die nicht in diesem Gebiet wohnen.
Die BO trifft sich an jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 19 Uhr in den Räumen der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.

Kiezgruppe Rixdorf
Die Kiezgruppe Rixdorf ist eine regionale Untergliederung des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln und umfasst das Gebiet zwischen der Grenze zu Treptow im Norden, dem Teltowkanal im Osten, der Karl-Marx-Straße (einschließlich) im Süden und der Fuldastraße (einschließlich) im Westen.
Die Gruppe trifft sich jeden ersten und dritten Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.

BO Reuterkiez
Die Basisorganisation Reuterkiez engagiert sich gegen wachsende Armut im Kiez und für Kampagnen wie gesetzlichen Mindestlohn, Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche. Um für soziale und friedenspolitische Themen mehr Akzeptanz und Unterstützung im Bezirk zu gewinnen, organisiert die BO regelmäßig Info-Stände.
Die BO Reuterkiez trifft sich jeden zweiten und vierten Montag im Monat jeweils von 18 bis 20 Uhr im „Verein iranischer Flüchtlinge“, Reuterstraße 52 (unweit U-Bhf. Hermannplatz).

BO 44
„44“ steht für die Bezeichnung des früheren Postzustellbezirks des nördlichen Neukölln und zeigt, dass wir uns auch mit der konkreten Situation in unserem Bezirk beschäftigen wollen. Gentrifizierung und Verdrängung etwa, das Zusammenleben in den Neuköllner Kiezen, die Bedeutung antirassistischen Engagements, aber auch die gefährliche Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in Neukölln sind einige dieser Themen. Die Termine findet ihr auf der Internetseite www.die-linke-neukoelln.de/politik/termine.

BVV-Fraktion DIE LINKE.
Bürozeiten: Montag von 16 bis 20 Uhr und Freitag von 10 bis 14 Uhr
Telefon: 030 / 90239-2003
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet: www.die-linke-neukoelln.de oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln

Wahlkampftermine der Neuköllner LINKEN

4. September, *ab 14 Uhr Linkes Sommerfest auf dem Reuterplatz. Organisiert von linksjugend [solid] Kreuzkölln und Berlin-Ost.*

10. September, *ab 10 Uhr Aktionstag der Neuköllner LINKEN auf Straßen und Plätzen. Treffpunkt in der Wipperstraße 6, 12055 Berlin.*

16. September, *Start zum 48-Stunden-Wahlkampfabschluss auf Straßen und Plätzen.*

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE.Neukölln in der Wipperstraße 6, 12055 Berlin (S- und U-Bhf Neukölln).

Kontakt und Terminvereinbarung: Doris Hammer, 0176/97896139 oder doris.hammer@die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE.Neukölln: alle Termine www.die-linke-neukoelln.de

Asbestalarm, was tun?

In mehr als 50.000 Berliner Wohnungen ist noch immer Asbest verbaut. Erst kürzlich machte das Asbestproblem in der Weißen Siedlung an der Sonnenallee Schlagzeilen.

Hier waren brüchige Floor-Flex-Platten Auslöser für den Asbestalarm. Asbest galt lange Zeit als Superbaustoff, ideal als Schall-, Wärme- und Feuchtigkeitsschutz. Asbest ist ein natürlich vorkommendes Mineral. In öffentlichen Bauten, aber auch in vielen Wohnungen wurden asbesthaltige Materialien verbaut. Aber wegen seiner gesundheitsgefährdenden Wirkung wurde Asbest 1993 in Deutschland und 2006 in der gesamten EU verboten. Die Asbestfasern können in schweren Fällen Lungenkrebs auslösen.

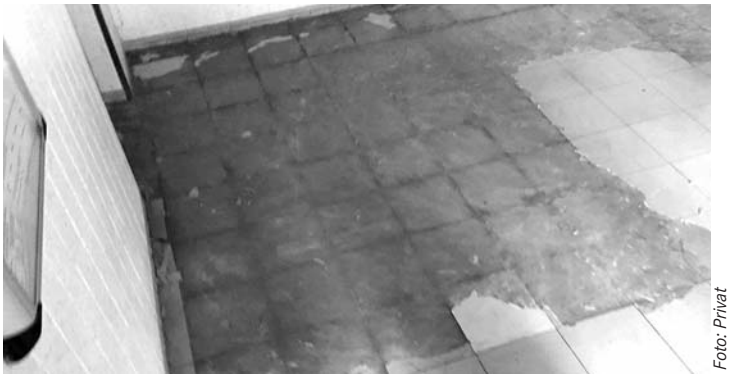

Foto: Privat

Beschädigte Floor-Flex-Platten lösten in der Weißen Siedlung Asbestalarm aus.

In vielen Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus wurden bis in die 1970er Jahre vor allem Bodenbeläge mit fest gebundenem Asbest verbaut. Inzwischen sind diese Platten durch Abnutzung brüchig geworden und können Asbestfasern in die Raumluft freisetzen. Das war in der Weißen Siedlung der Fall. Gefährlicher noch sind schwach gebundene Asbestprodukte, zum Beispiel Brandschutzplatten, Dichtungsmaterialien und Spritzasbest. Hier können bereits kleine Beschädigungen Asbestfasern freisetzen.

Der Mieter hat einen Anspruch gegenüber dem Vermieter, über den Zustand seiner Wohnung informiert zu werden; auch über Asbestbelastungen, die einen Mangel der Wohnung bedeuten. Asbestsanierung ist teuer. Manche Vermieter versuchen sich deshalb um die Sanierung herumzudrücken. Für das Auskunftsersuchen gibt es beim Berliner Mieterverein ein Formblatt (www.berliner-mieterverein.de). Sanierungen dürfen nur durch zertifizierte Fachfirmen unter Schutzbedingungen durchgeführt werden. Sie müssen sich ausweisen können. Auf keinen Fall darf der Mieter selbst Hand anlegen. Zuständig bei Verstößen gegen die Einhaltung der Asbestschutzvorschriften sind die Bauaufsichtsbehörden, auch bei Gefahren durch beschädigte festgebundene Asbestprodukte.

In öffentlichen Gebäuden wird bei Asbestalarm rigide vorgegangen. So wurde die Einsatzzentrale der Berliner Polizei über Monate bis zur Sanierung gesperrt.

Klaus-Dieter Heiser

Keine Drogen sind auch keine Lösung

Diskussion über ein grundsätzliches Umdenken in der Drogenpolitik, mit Frank Tempel, drogenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.
Mittwoch, 14. September 2016, 19 Uhr im „Hotel Rixdorf", Böhmische Straße 46, 12055 Berlin-Neukölln.
Eine Veranstaltung der BO 44 der Neuköllner LINKEN.

DIE LINKE gegen Aufrüstung und Krieg

Linksfraktion kontert Regierung mit „Schwarzbuch"/ Von Christine Buchholz, MdB

Die Bundesregierung will mehr Geld für Rüstung und mehr Auslandseinsätze und erwägt den Einsatz der Bundeswehr im Innern

Im Juli 2016 hat die Bundesregierung das neue „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr" herausgegeben. Darin nimmt sie Kurs auf Aufrüstung und mehr Auslandseinsätze. DIE LINKE im Bundestag kontert in einem „Schwarzbuch" die Strategie der Bundesregierung. Es erscheint im September.

Die Bundesregierung schickt immer häufiger Soldaten in neue Auslandseinsätze. Im Weißbuch kündigt sie an: es werde mehr „Ad-hoc-Kooperationen" geben, im Rahmen dessen die Bundeswehr in Kriege geschickt werden soll.

DIE LINKE kritisiert die Auslandseinsätze: Dort, wo die Groß- und Mittelmächte, und mit ihnen Deutschland, militärisch eingegriffen haben, wurden Krisen verschärft oder erst geschaffen. Die vermeintliche Medizin ist selbst maßgebliche Mitverursacherin des Leidens: jahrelanges militärisches Eingreifen von außen haben den Zerfall Afghanistans, Iraks, Syriens oder Libyens ausgelöst oder befördert. So wurde der Irak in den letzten 25 Jahren dreimal durch US-geführte, internationale Kriegskoalitionen angegriffen und flächendeckend bombardiert. Erst kamen die Invasoren, dann die Zerrüttung bestehender Gesellschaften, erst viel später der Islamische Staat.

Rüstungsprojekte ohne Limit

Die Bundesregierung rüstet auf. Sie will die Bundeswehr mit mehr Soldaten aufstocken – ohne jede Obergrenze. Der Rüstungshaushalt steigt bereits, und bis 2030 will die Ministerin von der Leyen zusätzlich 130 Milliarden mehr für Aufrüstung ausgeben. Das Geld wird in bestehende Beschaffungsprojekte gepumpt, die weiterhin Milliarden verschlingen, darunter das Kampfflugzeug Eurofighter oder der Militärtransporter A400M. Dazu kommen neue Projekte wie das Mehrzweckkampfschiff 180, eine europäische Kampfdrohne oder ein neues Luftverteidigungssystem. Schließlich wird das Geld in Panzer gesteckt, um für einen möglichen Landkrieg in Osteuropa gerüstet zu sein.

DIE LINKE kritisiert, das Weißbuch ist nichts anderes als die zu Papier gebrachte Forderung nach mehr Geld für mehr Soldaten, mehr Militäreinsätze und mehr Kriegsgerät.

Foto: DFG-VK

Waffen sind kein Kinderspielzeug. Trotzdem wirbt die Bundeswehr damit.

Atomwaffen sind kein Thema

Die Aufrüstungsmaßnahmen in Deutschland sind selbst Teil des Problems. Der Wettlauf der großen und mittleren Mächte um Rohstoffe, Märkte und politischen Einfluss wird auch mit militärischen Mitteln unterfüttert. Der Militärhaushalt der Nato-Staaten zusammengenommen übersteigt beispielsweise den russischen Militärhaushalt um mehr als das Zehnfache. Die größte Gefahr des Weltfriedens – der neue nukleare Rüstungswettlauf – wird im Weißbuch nicht thematisiert. DIE LINKE fordert den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und nicht deren Modernisierung.

Bundeswehreinsatz im Innern

Im Weißbuch laufen die Argumente auf einen Einsatz der Bundeswehr im Innern hinaus. Die Bundesregierung beschwört „ungewöhnliche Ausnahmesituationen", in diesem Zusammenhang müssten „Bundes- und Landesbehörden" ihre gute Zusammenarbeit „im Rahmen von Übungen vorbereiten". Verteidigungsministerin von der Leyen kündigte bereits gemeinsame Übungen von Bundeswehr und Polizei an.

DIE LINKE lehnt die Militarisierung der Innenpolitik ab. Dass bewaffnete Soldaten auf unseren Straßen mehr Sicherheit vor Terroranschlägen bieten könnten, ist eine gefährliche Illusion.

Neu·Köllnisch

September 2016
Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE.
Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 10.000
V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser
Kontaktadresse: DIE LINKE.Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-613 59 19
Bankverbindung:
DIE LINKE.Neukölln,
Berliner Bank
IBAN: DE16100708480525607801
Redaktionsschluss: 23.8.2016
Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 10.10.2016
Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.
5/2016

Foto: DIE LINKE.Neukölln

Wir kochen's hoch!

Messer und Löffel statt Hammer und Sichel. *Die linke Koch-Tour machte am 23. August Station vor der Weißen Siedlung an der Sonnenallee und auf dem Karl-Marx-Platz in Neukölln. Neuköllner Wahlkreiskandidaten kochten leckere Kartoffelsuppe und trafen auf interessierte Gesprächspartner/-innen zum gemeinsamem Blick über den Tellerrand.*

Unser Bild: Hannah Rübig, Sarah Moayeri und Frank Obermeit vor der Weißen Siedlung. Alex Jahns sorgte dafür, dass alles klappte (von links).

Die Abbruchfirma ist bereits vor Ort

Bezirksamt Neukölln: Wohnungen in der Heidelberger Straße „unbewohnbar"

Um die Abrissgenehmigung zu rechtfertigen hat das Bezirksamt Neukölln 67 Wohnungen in der Heidelberger Straße 15 bis 18 für unbewohnbar erklärt.

Die Entscheidung der Neuköllner Genossenschaft WBV war längst gefallen, als die Bewohner brutal auf der Titelseite des WBV-Magazins vom Abriss ihrer Häuser erfuhren. Bis dahin waren sie von einer Sanierung ausgegangen. Die Genossenschaft will stattdessen moderne Lofts bauen.

Drei Jahre lang haben sich die Mieter gewehrt, die WBV zu Informationsgesprächen gezwungen, sich mit Kiezinitiativen und der „Genossenschaft von unten" zusammengetan. Die Neuköllner LINKE hat ihnen im Rathaus Gehör verschafft und sie mit Anträgen für den Erhalt der Wohnungen unterstützt. Aber der letzte Antrag gegen den Abriss wurde im Juli abgelehnt. Allem Widerstand zum Trotz ist es der WBV gelungen, auch die bis zum Schluss ausharrenden Mieter zu vertreiben.

Wohnungen unbewohnbar?

Das Bezirksamt stellt sich auf die Seite des Bauherrn. Alle Altmieter wären angeblich freiwillig ausgezogen und hätten komfortablere Wohnungen gewollt. Seit dem 1. August darf abgerissen werden – die Abbruchfirma ist schon vor Ort.

Gegenüber den LINKEN im Abgeordnetenhaus (Drucksache 17/18702) heißt es offiziell: „Der o.a. Wohnraum erfüllt den Zweck des Wohnens nicht, da er tatsächlich nicht zum Wohnen geeignet ist. ... Die Maßnahme [der Abriß] ist erforderlich weil kein milderes Mittel zur Verfügung steht, welches den gesetzlichen Zweck in gleicher Effektivität erreichen kann. Unbewohnbarer Wohnraum wird zweckentfremdet und im gleichen Zuge wird neuer Wohnraum geschaffen."

Ausnahme oder Regel?

Das Zweckentfremdungsverbot soll zunächst eine Fehlnutzung durch Ferienwohnungen verhindern. Eine soziale Zwischennutzung für Personen mit Unterbringungsbedarf ist ausdrücklich erlaubt. Nur in

Foto: Christian Kölling

Der Abriss der Häuser in der Heidelberger Straße hat begonnen.

„besonderen Ausnahmefällen" sowie unter Auflagen kann eine Abrissgenehmigung erteilt werden.

Das Neuköllner Bezirksamt hat zunächst mittels einer rhetorischen Rechtfertigung die Wohnungen für unbewohnbar erklärt. Wären sie tatsächlich unbewohnbar gewesen, hätte die Wohnungsaufsicht längst einschreiten müssen. Den „Ersatzwohnraum" soll die WBV bis Ende 2017 bauen und als Auflage zur „ortsüblichen Kaltmiete" anbieten. Aber auch die ortsübliche Miete für die geplanten 96 Neubauwohnungen können sich Mieter mit geringem Einkommen nicht leisten. Deshalb darf preiswerter Wohnraum nicht vernichtet werden.

Künftig besser schützen

Das Investoreninteresse am Abbrechen bestehender Wohnungen ist groß. Sie wollen dichter bebauen und teurer verkaufen oder vermieten. Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine Verschärfung des Zweckentfremdungsverbotes ein, die den Wohnungsbestand besser schützt.

So sollen Neubauwohnungen nur für die gleiche Mieterschaft samt entsprechend niedrigem Mietenniveau errichtet werden dürfen. Das Ausspielen von Bestand gegen Neubau ist auszuschließen.

Die Mieter in Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften brauchen unabhängige und einflussreiche Mietervertretungen. Bei den Mieterratwahlen in den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gilt es engagierte Kandidaten durchzusetzen. Notwendig sind Mieterräte auch in privaten Wohnanlagen. Es gilt gemeinsam mit der LINKEN einen Neuanfang in Neukölln zu schaffen.

Marlis Fuhrmann

Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin

oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE. Neukölln, 0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE. Neukölln, 0172 1604907, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

- ❑ **Ich möchte Informationsmaterial bekommen.**
- ❑ **Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.**
- ❑ **Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.**

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... **Telefon:**.....